

BRIEF AUS BERLIN

09/2024

Liebe Leserinnen und Leser,

nach der parlamentarischen Sommerpause, in der ich mich intensiv mit den Themen aus der Heimat beschäftigen konnte und natürlich auch wieder mit großer Freude das Gäubodenfest besucht habe, fingen die Sitzungen des deutschen Bundestages mit der wichtigen Haushaltswoche an. Neben den Debatten um den von der Ampel vorgestellten Bundeshaushalt, wurde in dieser Woche auch das geplante Sicherheitspaket besprochen.

Zudem konnten wir 75 Jahre Bundestag und 75 Jahre CDU/CSU-Fraktion feiern. Der Bundestag öffnete hier die Türen für Besucherinnen und Besucher um spannende Einblicke in die Parlamentsgeschichte zu gewähren.

Ein besonderer Höhepunkt war diesen Monat für mich die Delegationsreise des Finanzausschusses nach Singapur. Diese Stadt mit ihrer beeindruckenden Architektur, modernen Grünflächenkonzepten und spannenden Sicherheitskonzepten hat mir sehr gefallen. Wir konnten unter anderem mit Vertretern deutscher Finanzinstitute, dem singapurischen Finanzministerium und örtlichen Finanzinstituten ins Gespräch kommen. Der internationale Austausch ist auch ein wichtiger Teil meiner Arbeit, denn für mich ist ganz klar: viele Themen müssen wir global denken.

Ich freue mich auf die kommenden Sitzungswochen in Berlin in denen viele relevante Themen besprochen werden und darauf, mich weiterhin für Eure Belange einzusetzen.

Herzlichst,

Euer



2



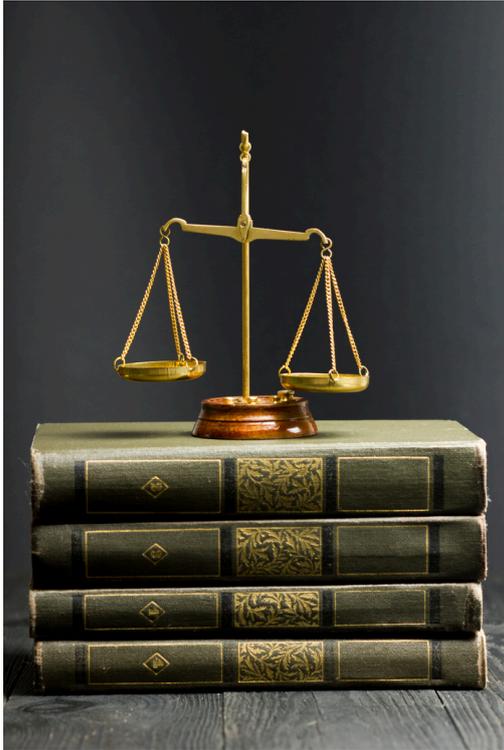
**#THEMEN IM
BUNDESTAG**

4



**#RAINER
TRIFFT**

THEMEN IM BUNDESTAG



Mehr Bürokratie durch das Jahressteuergesetz

Jährlich wird von der Regierung ein Steuergesetz vorgeschlagen, mit dem Ziel, Rechtssicherheit zu schaffen, Bürokratie abzubauen und das Steuersystem zu optimieren. Der im Sommer eingebrachte Entwurf für das Jahressteuergesetz 2024 wird diesen Ansprüchen nicht gerecht. Das über 200 Seiten lange Dokument enthält dutzende kleiner Änderungen, aber eine deutliche Vorwärtsbewegung bleibt aus. Viele dieser Änderungen führen zu mehr Bürokratie und Unklarheit. Etwa soll der Vorsteuerpauschalbetrag für Landwirte für das laufende Jahr geändert werden. Da das Gesetz frühestens Ende November beschlossen wird, bedeutet das einen großen Bürokratieaufwand für nur einen Monat Anwendungszeitraum. So sind viele der vorgeschlagenen Änderungen nicht zielführend.

UniCredit möchte Commerzbank übernehmen

Im Zuge der Finanzkrise 2008/2009 unterstützte die Bundesregierung die Commerzbank mit über 80 Milliarden Euro und übernahm damit einen Anteil von 25%. Diese Unterstützung sollte von Anfang an zeitlich begrenzt sein und daher ist der schrittweise Rückzug sehr zu begrüßen. Gleichzeitig ist es wichtig darauf zu achten, dass dieser Rückzug nicht zu Lasten deutscher Arbeitsplätze und des Finanzplatzes Deutschland fällt. Die von der Regierung in diesem Jahr am Markt angebotenen Anteile in Höhe von einer Milliarde Euro wurden alle überraschenderweise von der italienischen Großbank UniCredit alleinig aufgekauft. Dadurch wird eine Übernahme durch die UniCredit immer wahrscheinlicher. Auch die deutsche HypoVereinsbank wurde bereits von ihr übernommen. Daher muss die Regierung hier sicherstellen, dass die Mittelstandsfinanzierung und der Finanzplatz Deutschland gesichert werden. Bei der Regierungsbefragung in dieser Woche konnten sie dazu keine befriedigenden Lösungen vorstellen.



THEMEN IM BUNDESTAG

Ampel verrennt sich in unwirksamen Waffenrechtsänderungen



Als Reaktion auf die Terroranschläge in Mannheim und Solingen stellt die Ampelkoalition ein Sicherheitspaket vor. Insbesondere werden die geplanten Änderungen des

Waffenrechts kritisch beurteilt. Beispielsweise eine Änderung der erlaubten Klingengröße bei mitgeführten Messern im öffentlichen Raum ist aus unserer Sicht keine geeignete Maßnahme um diese Anschläge zu verhindern.

Vielmehr sollten die wahren Gründe benannt und abgewendet werden und etwa in Bezug auf illegale Massenmigration und der umfassenden Stärkung der Sicherheitsbehörden angesetzt werden. Auch die Ampel konnte sich diese Woche nicht auf einen gemeinsamen Beschluss einigen, sodass er wieder verschoben wurde.

Vorschläge zum Rentengesetz der Ampel sind kontraproduktiv

Die Ampel-Regierung hat einen Gesetzentwurf mit geplanten Änderungen am Rentensystem eingebracht.

Dem Anspruch, bestehende Ungleichheiten im Rentensystem zu beseitigen und Beitragszahler und Rentner zu entlasten, wird dieser Entwurf bei weitem nicht gerecht. Die Vorschläge sind komplex, wo sie vereinfachen sollten. Es fehlt an tatsächlichen

Entlastungen und es werden kaum Investitionsanreize für private Altersvorsorge und Investitionen in die Rentenversicherung geschaffen. Um tatsächlich langfristige Stabilität und Entlastung der Bürgerinnen

und Bürger zu erreichen und dem demografischen Wandel angemessen zu begegnen, ist ein anderes Vorgehen gefragt. Vielmehr wäre eine grundlegende Reform des Rentensystems sinnvoll, bei der sowohl soziale Gerechtigkeit als auch finanzielle Nachhaltigkeit im Mittelpunkt stehen.



RAINER TRIFFT

... die Finanzplattform Tide

Für ein sehr interessantes Gespräch haben mich Herr Dr. Oliver Trill und Frau Fromme-Schoener von der Finanzplattform Tide besucht.



... die Finanzmarktaufsicht Liechtenstein



Für einen Austausch mit der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein haben sich interessierte Mitglieder des Finanzausschusses zusammengefunden. Über die spannenden Gespräche habe ich mich sehr gefreut.

Für Sie erreichbar



Berliner Büro



Platz der Republik 1, 11011 Berlin



alois.rainer@bundestag.de



030 / 227 77420

Wahlkreisbüro



Schulstraße 1, 94353 Haibach



alois.rainer.wk@bundestag.de



09963 / 943 9494